

Positionspapier der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit Schleswig-Holstein (LAG Arbeit SH)

Europa braucht starke Regionen. Starke Regionen brauchen einen starken ESF.

Deutschland steht vor einer doppelten Herausforderung: steigende Armutsrisiken und zunehmender Fachkräftemangel. 13,3 Millionen Menschen leben in Armut, 17,6 Millionen Menschen gelten als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Gleichzeitig fehlen in zahlreichen Branchen Arbeitskräfte. Auch Schleswig-Holstein steht unter erheblichem Druck durch demografischen Wandel, regionale Disparitäten und steigende kommunale Belastungen.

Für die neue Förderperiode ab 2028 sind erhebliche Veränderungen sowohl in der Mittelausstattung als auch bei der Vergabe geplant.

Der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) ist das wichtigste europäische Instrument für Investitionen in Menschen. Er unterstützt junge Menschen beim Übergang in Ausbildung, langzeitarbeitslose Menschen, Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende, Zugewanderte und Unternehmen bei Qualifizierung und Fachkräftesicherung.

Der ESF ist weit mehr als Arbeitsmarktpolitik. Er stärkt regionale Netzwerke, schafft Zugänge zu benachteiligten Zielgruppen, unterstützt soziale Innovationen und erschließt Arbeitskräftepotenziale, die für die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins dringend benötigt werden.

In der laufenden Förderperiode wurden über das Landesprogramm Arbeit Schleswig-Holstein rund 224 Mio. Euro mobilisiert. Diese Mittel haben regionale Strukturen, Fachwissen, Netzwerke und Kooperationen aufgebaut. Eine deutliche Schwächung des ESF ab 2028 würde nicht nur zukünftige Projekte gefährden, sondern auch die Wirkung bereits getätigter Investitionen mindern.

Daher fordern wir als LAG Arbeit Schleswig-Holstein:

Der Europäische Sozialfonds muss als eigenständiges Instrument für Fachkräftesicherung, soziale Teilhabe und regionale Entwicklung erhalten bleiben!

1. Erhalt eines eigenständigen ESF+ mit eigener Mittelausstattung.
2. Erhalt regionaler Steuerungs- und Entscheidungskompetenzen der Länder.
3. Stärkere Ausrichtung auf Fachkräftesicherung, Qualifizierung und Teilhabe.
4. Verlässliche Finanzierung und Planungssicherheit für Träger und Kommunen.
5. Schutz bestehender Strukturen und Netzwerke.
6. Deutlicher Bürokratieabbau.

Für den Vorstand
Dr. Dagmar Bez
Christoph Fels